

## **Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016**

Übernahme statt Integration

### **Das Impulspapier zur Desintegration – die Bundesbeauftragte für Integration Aydan Özoguz lässt die Maske fallen**

**Worum** geht es den Zuwanderern nach Deutschland? Integration in eine deutsche Gesellschaft – oder Überwindung all dessen, was „deutsch“ ist? Ein sogenanntes „Impulspapier“, inspiriert von der Bundesbeauftragten für Integration weist den Weg: Das Deutschland, wie wir es kennen, soll abgeschafft werden.

Im Altertum war das noch ganz einfach. Die Menschen wuchsen in ihren eigenen Kulturkreisen auf, doch mit der ihnen innewohnenden Dynamik kamen sie auf die Idee, sich geschäftlich auch andernorts zu versuchen. So zogen sie um und lebten und arbeiteten dort, wo dieses für ihr persönliches Wohlergehen am erfolgversprechendsten erschien.

Das Alte Testament weiß davon zu berichten, dass in der Metropole Jerusalem Menschen aus den phönizischen Küstenstädten, aus Mesopotamien und aus Arabien lebten. Griechen wohnten rund um das Schwarze und das Mittelmeer. Phönizier gingen ihren Geschäften bis in den Atlantik hinein nach. Herodot, der griechische Geschichtsschreiber des fünften vorchristlichen Jahrhunderts, reiste durch die Welt und beschrieb die Riten und Gebräuche der Völkerschaften vom heutigen Iran bis weit nach Westen.

### **Völker entstehen aus Vielem**

**Selbstverständlich** lebten die Menschen schon damals nicht nur nebeneinander her, sondern pflegten Umgang miteinander. So wanderten kulturelle Eigenarten hin und her, verlor sich das eine und wurde etwas Anderes zum allgemeinen Kulturgut. Auch die menschliche Eigenart, sich in jemanden unsterblich verlieben zu können, tat das ihre, um aus diesen bunt zusammengewürfelten gemischten Gemeinschaften zivilisatorische Einheiten werden zu lassen, die zu imposanten Gemeinschaftsleistungen in der Lage waren. So gelang beispielsweise dem Archäologen Israel Finkelstein vor einigen Jahren der Nachweis, dass jene im Tanach (Bibeltexte für das Judentum) noch so befeindeten „Kanaanäer“ eigentlich nichts anderes sind als die Vorfahren der späteren Israeli. Sie vermischten sich über die Zeit als Nachfahren der philistäischen, hethitischen und anderen Einwanderer mit den ortsansässigen Stämmen – ein Weg, der sich in vielen Regionen der Welt ähnlich feststellen und nachweisen lässt.

## Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

Die Frage nach staatlich organisierter Integration und Assimilation stellte sich seinerzeit nicht. Niemand kam auf die Idee, dem Nachbarn seine Gewohnheiten aufzuzwingen. Nur hatte man sich im öffentlichen Leben an die vorgefundenen Regeln zu halten. Es war ein zwangloses Multikulti der Ethnien – und vor allem die Tatsache, dass damals das himmlische Pantheon von zahllosen Göttern besiedelt war, die mehr oder weniger miteinander verwandt waren und sich recht menschlich stritten und liebten, sorgte dafür, dass auch niemand dem anderen vorwerfen konnte, einer falschen fiktiven „Wahrheit“ anzuhängen.

Dieses Laissez-faire sollte sich erst ändern, als pfiffige Politiker feststellten, dass ein einziger anzubetender Herr im Himmel recht hilfreich sein konnte, um eine autokratische Regierungsform zu legitimieren. Der Priester Hilkia (Priester in Anathoth - Stadt im Land Benjamin, die den Priestern zugewiesen wurde) tat dieses um 620 vc gemeinsam mit seiner Machtelite – und so wurde es auch notwendig, sich Gedanken darüber zu machen, wie mit jenen Mitbürgern umzugehen sei, die sich dem hilfreichen Ein-Mann-Gotteskult nicht anschließen wollten. Wirkliche Probleme gab es damals dennoch nur, wenn sich der „Fremde“ als Parteigänger eines irdischen Feindes herausstellen sollte. Denn es lief nach den Regeln der klassischen Gastfreundschaft: Solange der Gast meine Regeln akzeptiert, ist er willkommen und kann privat machen, was er will. Will er allerdings mir seine Regeln aufzwingen, dann verliert er seinen Gaststatus – und hat zu gehen.

### Integration und Assimilation

Der traditionelle Weg des Zusammenlebens war die Assimilation über die Integration. Der Neubürger wurde manchmal erst über mehrere Generationen zum „Native“ – jenem, dessen Familie schon immer dazu gehörte. Wer in die Telefonbücher des Ruhrgebiets schaut, wird dort unzählige Namen finden, die unschwer auf polnischen oder tschechischen Ursprung zurückzuführen sind. Die Vorfahren dieser Menschen kamen zumeist im 19. Jahrhundert in die aufstrebende Industrieregion, um dort ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Ihre Kinder wurden Ruhrpottler und Deutsche. Ähnlich stellt es sich im Brandenburgischen dar – nur dass dort auch zahlreiche Namen anzutreffen sind, die französischen Ursprung haben. Deren Vorfahren väterlicher Linie gehörten zu jenen rund 20.000 protestantischen Réfugiés, die am Ende des 17. Jahrhunderts ihre französische Heimat verlassen mussten, weil ein glaubensintoleranter Herrscher sie zur Vernichtung freigegeben hatte. Auch ihre Kinder wurden Deutsche – und bereicherten die Kultur des Gastlandes mit hochwertigen Dienstleistungen ebenso wie mit kulinarischen Leckereien wie der Boulette, jenem Hackfleischklops, der andernorts als Frikadelle, Fleischpflanzerl oder infolge schwedischer Möbelverkäufer als Köttbullar bekannt ist.

Andere Einwanderer kamen als Banker aus Italien mit Gustav II Adolf, als schwedische Soldaten im 30-jährigen Krieg oder als Glaubensflüchtlinge der spanischen Reconquista. Die einen blieben einfach hängen, die anderen mussten ihre neue Heimat aus Gründen der Verfolgung finden. Sie alle bildeten das, was man heute als deutsches Volk bezeichnet – eine bunte Mischung aus zahlreichen Kulturkreisen, denen eines gemein war: Sich als eine Schicksalsgemeinschaft in der Mitte des europäischen Kontinents zu begreifen, in der sich die Frage nach Integration oder Assimilation nicht stellte, weil derjenige dazu gehörte, der dazu gehören wollte und die Regeln der neuen Heimat akzeptierte – oder der als Gast, der Mitglied seines heimatlichen Kulturkreises bleiben wollte, hier leben und arbeiten, nicht aber zum Staatsvolk dazugehören konnte.

## Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

Friedrich II von Preußen brachte es auf den Punkt. *„Jeder kann nach seiner Fassung glücklich werden ...“*, sagte er, und dachte dabei ungesagt: *„... solange er akzeptiert, dass ich in diesem Land die Regeln des Zusammenlebens bestimme.“*

**Da** nun aber liegt das Problem, vor dem wir heute stehen. Das über Jahrhunderte gültige Konzept der Zuwanderung wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht nur außer Kraft gesetzt, sondern es wird derzeit auf den Kopf gestellt. Allein schon, dass „der Staat“ meint, „Integrationsbeauftragte“ einsetzen zu müssen, ist Beleg genug dafür, dass etwas aus den Fugen geraten ist. Denn im über Jahrhunderte üblichen Weg integrierte sich der Neubürger dadurch, dass er sich die Gepflogenheiten der Mehrheitsgesellschaft zu eigen machte – und die Mehrheitsgesellschaft das, was ihr an Impulsen von „den Neuen“ sinnvoll erschien und gefiel, übernahm. Die kulturelle Bereicherung der Mehrheitsgesellschaft beruhte auf gegenseitigem Nutzen und Freiwilligkeit. Doch sie funktionierte eben nur unter der Prämisse, dass der Neubürger letztlich bereit war, sich in die ihn aufnehmende Kultur zu integrieren, sich ihre Werte zu Eigen zu machen.

**Mittlerweise** ist unsere Sprache zu einem „Schönsprech“ degeneriert. Das erinnert stark an George Orwell, der alle negativen Begriffe in seinem Roman „1984“ durch Positive ersetzt hatte. Ankommende Migranten werden nur noch als „Schutzsuchende“ bezeichnet. Damit wird suggeriert, dass Alle vor einer Gefahr fliehen müssen. Noch positiver, harmloser klingt „Menschen mit Fluchterfahrung“. Eine Trennung nach wirklichen Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten findet kaum noch statt. Das scheitert vielfach daran, dass die meisten Migranten ihre Papiere „verloren“ haben. Nur wenige Ausreisepflichtige werden in ihre Heimatländer zurückgeführt.

Eine „positive Diskriminierung“ findet im öffentlichen Sprachgebrauch schon länger statt. Es wird z. B. fabuliert von *„Menschen, die schon länger hier leben“*, wie die Deutschen inzwischen genannt werden, weil für die deutsche Staatsministerin das Wort Deutsch zum Unwort geworden zu sein scheint.

Indem *„diejenigen, die schon länger hier leben“*, denjenigen gegenübergestellt werden, *„die neu dazugekommen sind“*, spielt man nicht nur Bevölkerungsgruppen gegeneinander aus und betreibt Desintegration, sondern beginnt die schleichende, aber konsequent betriebene Entrechtung der deutschen Bürger, denn die sind es, die *„positiv diskriminiert“* werden sollen und alles finanzieren müssen.

Begrifflich vollkommen unklar bleibt, wer mit *„denjenigen, die schon länger hier leben“* und mit *„denjenigen, die neu dazugekommen sind“* gemeint sind. Ab welchem Stichtag gilt man als jemand, *„der schon länger hier lebt“*, und ab welchem, als jemand, *„der neu hinzugekommen ist“*?

Die Einteilung von Menschengruppen dient der Diskriminierung, in diesem Fall natürlich der positiven Diskriminierung, der aktiven und womöglich bald schon gesetzlich geregelten Benachteiligung der Bürger, *„die schon länger hier leben“*, und ihrer Kinder. Mittels einer angestrebten Veränderung sollen Artikel 1, 2 und 3 des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden. Artikel 1, 2 und 3 des Grundgesetzes werden de facto zur Verhandlungsmasse erklärt und durch die Änderung dann auch de jure zur Disposition gestellt.

Denn die Migrantenvverbände fordern, dass Integration als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wird: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengleichheit und Integration aller Menschen.“*

# Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

## Die Jahresabschlussarbeit der Aydan Özoguz

**Dieser** Tage nun legte der „Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration“ im Range eines Staatsministers, Aydan Özoguz, ein sogenanntes „Impulspapier der [Migrant\\*innenorganisationen](#) zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ vor. Die Dame, eine Angestellte des deutschen Volkes, hatte in einer durch das Parlament nicht abgesehenen Einzelentscheidung beschlossen, dieses Jahr 2016 zum „Themenjahr Partizipation“ zu erklären.

Nun mag die Idee, die Bereitschaft zur Integration von Neubürgern durch mehr Teilhabe in der Gesellschaft zu fördern, grundsätzlich zu begrüßen sein – doch dieses kann nur gelten, wenn damit die Bereitschaft einhergeht, in der Mehrheitsgesellschaft ankommen zu wollen. Und da gibt es bereits in der Überschrift des Papiers zwei Punkte, die übel aufstoßen.

**Beginnen** wir mit dem vielleicht etwas weniger Bedeutsamen: Diesem krankhaften Genderdiktat einer zerstörten deutschen Sprache, das seine Verzweiflung darüber, dass Menschen offenkundig nicht nur unterschiedlichen Ethnien entstammen, sondern in eine männliche und eine weibliche Rasse zu teilen sind, mit einer Sternchen-Sprachvernichtung zu heilen sucht. War schon das ritualisierte „Menschinnen und Menschen“ an dummdreister Stupidität kaum zu toppen, so schwebt nun der ständige Stern der vergenderten Psychopath\*innen über allem.

Das macht es für einen halbwegs normalen Menschen zur Tortur, dieses Elaborat (Machwerk) zu lesen – aber vielleicht ist genau dieses auch die Absicht der pathologischen Sterneritis, denn es könnte sich bei einem im Kopf noch halbwegs unvergenderten Durchschnittsbürger vielleicht Protest bilden, wenn er in die Tiefe dieses Machwerkes der Frau Özoguz einsteigt.

**Bedeutsamer** allerdings ist, dass bereits in der Überschrift die Bundesrepublik Deutschland zur „Einwanderungsgesellschaft“ erklärt wird. Ich habe vorsorglich noch einmal nachgeschaut – es ist ja immerhin nicht auszuschließen, dass die eine oder andere Veränderung unseres Grundgesetzes trotz unverzichtbarer Zweidrittelmehrheit unbemerkt an mir vorübergegangen ist. Aber nein – es bleibt dabei: Bereits in der Präambel wird unmissverständlich klargestellt, dass dieses Deutschland ein [Staat des Deutschen Volkes](#) ist. Folgerichtig führt kein Weg daran vorbei: Die Gesellschaft in diesem Lande ist eine deutsche Gesellschaft – keine Einwanderungsgesellschaft.

### Präambel

*„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“*

Aber nun gut, mag man sich trösten – vielleicht ist das ja nur ein plakativer Begriff, der die integrationswilligen Neubürger etwas anknuscheln möchte, um ihnen ihren Weg, deutsche Bürger eines deutschen Staates zu werden, etwas zu erleichtern. Also führt wohl kein Weg daran vorbei, sich intensiver mit diesem Elaborat zu beschäftigen – zumindest mit der [„Kurzfassung“](#), in der alles Wesentliche zusammengefasst sein sollte.

# Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

## Deutschland wird umgeschrieben

**Leider** bestätigt sich die Befürchtung, dass der Impuls mit der Einwanderungsgesellschaft ernst gemeint sein könnte, bereits in der Einleitung. Da ist nichts davon zu lesen, dass sich die „Migrant\*innenorganisationen“ darum bemühen möchten, in der deutschen Gesellschaft anzukommen – nein, es wird erwartet, dass sich diese Gesellschaft der Deutschen „interkulturell“ zu öffnen habe – was immer das konkret bedeuten mag, denn in Deutschland gibt es die deutsche Kultur.

Der eine oder andere Neubürgerwillige mag zwar kulturelle Eigenarten mitbringen – doch es liegt einzig und allein im Ermessen der Bevölkerung, ob sie sich diese Eigenarten zunutze und zu eigen machen möchte oder nicht. Doch darum scheint es wiederum auch gar nicht zu gehen, denn schon im zweiten Satz wird erwartet, dass die *„Teilhabe von Individuen, Bevölkerungsgruppen und Organisationen an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen strukturell verankert wird – als Teilhabe am Haben und Sagen“*.

Nun, offenbar geht das Impulspapier tatsächlich davon aus, dass das Grundgesetz in der Vergangenheit irgendwie außer Kraft gesetzt wurde. Denn dort ist an vielen Stellen zu lesen, dass selbstverständlich jeder Staatsbürger dieser Bundesrepublik jegliches Recht auf Teilhabe an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen hat.

Allerdings sind dafür beispielsweise mit Parlamenten und freien und allgemeinen Wahlen bestimmte Regeln vorgesehen, an die sich jeder zu halten hat – denn wenn dieses nicht so wäre, dann könnte der Gleichbehandlungsgrundsatz unseres Grundgesetzes sehr schnell seine Bedeutung verlieren, weil irgendwelche selbsternannten Gruppen und Grüppchen sich ohne Legitimation durch den Volkswillen Entscheidungsrechte anmaßen.

Wie diese Floskel vom *„Haben und Sagen“* zu verstehen ist – darüber mögen sich Philosophen den Kopf zerbrechen, denn bislang ist es so, dass jeder das haben kann, was er sich rechtens verdient, und jeder alles sagen darf, solange er damit nicht gegen geltendes Recht verstößt. So könnte man, wäre man bössartig, durchaus auf die Idee kommen, dass vor allem mit dieser *„Habenteilhabe“* ein wenig sozialistisches Gedankengut in die Köpfe gestreut werden soll – offenbar zu Lasten der die Neubürgerwilligen aufnehmenden Deutschen, wird doch ausdrücklich vor *„Verteilungskämpfen zwischen denen, die schon immer da waren, und denen, die dazugekommen sind“*, gewarnt.

**Doch** die Einleitung weist auch noch einen weiteren Weg. Sie geht davon aus, dass *„interkulturelle Öffnung“* auch bedeute, *„Rassismus und Diskriminierungen nachdrücklich zu ächten und sanktionieren“*. Nun, einmal abgesehen davon, dass „Big Brother“ Dank der Brainpolice der Maas-Kahane-Connection ohnehin schon den Grundwert der Freiheit abgeschafft hat, sind Rassismus und „Diskriminierungen“ durch die geltende Gesetzeslage schon lange geächtet und sanktioniert.

Was also will dieses Papier? Noch mehr Staatskontrolle über die Köpfe seiner Bürger?

# Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

## Das deutsche Volk wird abgelöst

**Tatsächlich** wird dieses Papier dann auch recht schnell impulsiv. Und es macht klar: Hier geht es nicht um Integration, sondern um Übernahme. Gleich als Punkt 1 der „Prioritäten“ wird die Auflösung der bestehenden Bundesrepublik eines deutschen Volkes gefordert:

*„Aufnahme eines neuen Staatsziels ins Grundgesetz als Art. 20b: ‚Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengleichheit und Integration aller Menschen.‘*

**Integration** in die Mehrheitsgesellschaft sieht anders aus. Somit ist klar, was dieses Elaborat bezwecken soll. Deutschland soll abgeschafft werden. Ein Deutschland, das heute noch laut Grundgesetz von einem Staatsvolk geprägt wird, soll künftig durch die Weltbevölkerung ersetzt werden. Denn wenn Deutschland via Grundgesetz ein Einwanderungsland ist und folgerichtig – wie im Papier zutreffend festgestellt – *„alle staatlichen Ebenen zur Umsetzung dieses Staatsziels verpflichtet sind“*, dann können wir die Grenzkontrollen abschaffen, brauchen keine Polizei, Justiz und Bundeswehr mehr – und historisch überholte Peinlichkeiten wie der Asylartikel 16a können ebenfalls ersatzlos gestrichen werden.

Das Gebiet, das sich heute noch Deutschland nennt, würde zu einem offenen Land verkommen, vielleicht in naher Zukunft eine Islamische Republik Nordarabien oder so werden. Ein Jeder kann sich hier einfach niederlassen und seinen Anteil an den Errungenschaften dieses Landes einfordern. Wie sowas „funktioniert“ kann man in Somalia beobachten.

## Weltbevölkerungspolitik im 21. Jahrhundert

**Ohnehin** – wenn das, was früher irgendwann einmal Deutschland war, via Verfassung ein „Einwanderungsland“ ist, dann sollte man auch gleich so konsequent sein, im Grundgesetz überall dort, wo heute noch „Deutscher“ steht, umgehend „Mensch“ hinzuschreiben. Oder besser – im Sinne der Impulsatoren – „Mensch\*innen“.

Denn da nicht einmal mehr eine Verknüpfung von Einwanderungsland und Staatsbürgerschaft erfolgt und jeder Einwanderer – durch die Verpflichtung des Staates als grundgesetzlich verankertes Einwanderungsland im Zweifel schon in Timbuktu per Lufthansa-Shuttle abgeholt – in den vollen Genuss aller staatlichen Betreuung nebst Teilhabe am *„Haben und Sagen“* kommt, bedarf es solcher prärevolutionärer Chauvinismen wie der Staatsbürgerschaft nicht mehr.

Ganz im Sinne von EU- und UN-Bürokraten die Menschenverschiebungen aus Ländern mit menschlicher Überproduktion in jene derzeit noch begüterten Staaten mit menschlicher Unterproduktion anstreben, hat Özoguz das offensichtlich perfekt verstanden und setzt nun an, dieses Vorhaben Verfassungswirklichkeit werden zu lassen. Das frühere Staatsvolk spielt dabei ebenso keine Rolle mehr wie die rudimentären Restbestände eines demokratischen Staatsaufbaus.

# Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

## Von Räten und Antidiskriminierungsbehörden

**Da** wir uns ohnehin in rasanten Schritten fort von der Bürgerdemokratie zur Räterepublik bewegen, wünscht sich die Bundesbeauftragte nach dem Muster des ebenfalls durch nichts demokratisch legitimierten „Nationalen Ethikrat“ einen „Nationalen Rat zur Interkulturellen Öffnung“ – allein schon deshalb eine Mogelpackung, weil dieser Rat mit „Nation“ nun schon überhaupt gar nichts mehr zu tun hat. Wie in jedem guten Sowjet sollen die „wichtigen Partner\*innen“ in diesem Rat die „Migrant\*innenorganisationen“ sein (Anmerkung: Korrekt gegendert hätte das selbstverständlich „Migrant\*innenorganisation\*innen“ heißen müssen), die bekanntlich nichts anderes als Vereine sind, deren Mitgliedschaft sich, wenn überhaupt, dann ausschließlich innerverbandlich demokratischen Spielregeln unterwirft.

Damit nun aber der Kopftuchfetischist [Mazyek](#) (Hinweis an seinen Anwalt: Fetisch im Sinne der [verlinkten Erklärung](#)) und seinesgleichen nicht an Geldmangel scheitern müssen, wollen die Impulsatoren diese teilweise höchst fragwürdigen Verbände allein aus Bundessteuermitteln mit mindestens 10 Millionen Euro jährlich unterstützen. Zusätzlich sollen die Bundesländer noch einen in der Höhe nicht erklärten Eigenanteil zur Vernichtung des bösen Deutschtums obendrauf legen.

**Damit** dass alles reibungslos funktioniert, erwarten die Impulsatoren „den Ausbau von Antidiskriminierungsbehörden“, deren wichtigste Aufgabe es dann sein dürfte, im Sinne der angestrebten Sanktionsmöglichkeiten jedes verbliebene Restzucken einer deutschen Leitkultur strafrechtlich zu unterbinden. Da kommt einen doch unmittelbar die ständig von einigen „Verbandsvertretern“ erhobene Forderung in den Sinn, beispielsweise Kritik am Islam als „Rassismus“ zu bannen und damit der unwidersprochenen Zersetzung der Werte des Abendlandes abschließend Tür und Tor zu öffnen.

Doch auch die Diskussionen um Textilkäfige, Kopftuch, Niqab und Schweinefleisch- wie Weihnachtsbaumverbot werden so künftig ebenso unterbunden, da diese dann als Islamophobie bzw. Rassismus gebrandmarkt werden.

**Als** interkulturelle Errungenschaften im Sinne der Dreifachquoten-Sozialdemokratin Özoguz (weiblich + Migrationshintergrund + Gattin eines wichtigen Sozialdemokraten) gehören die kulturellen Errungenschaften der anti-emanzipatorischen Archaik ebenso zum entdeutschen Einwanderungsland wie die von Özoguz gerechtfertigte pädophile Mädchenvergewaltigung als „Kinderehe“ und das von ihr eingeforderte „sehr große Augenmaß“ bei der Verfolgung islamterroristischer Verbrecherorganisationen. Da künftig auch Bewerbungen anonymisiert erfolgen sollen und bei der Besetzung von Verwaltungsposten der Qualitätsanspruch durch Migrant\*innenquote ersetzt wird, kann sich künftig jeder nicht-biodeutsch anmutende Bewerber, der im persönlichen Vorstellungsgespräch versagt hat, auf Grundlage entsprechender Antidiskriminierungsgesetze in den beanspruchten Job einklagen.

Am Ende des Umwandlungsprozesses dürften dann die wenigen Interkulturationsverweigerer traditionsdeutscher Irrlehre froh sein, wenn sie irgendwo in der Pampa Mecklen- oder Brandenburgs noch wie die Amish in Pennsylvania weitgehend ungestört ohne staatliche Reglementierung den tradierten Restbeständen ihrer untergegangenen Kultur frönen können.

# Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

## Die vorsätzliche Zerstörung deutscher Kultur

**Habe** ich überzogen? Nun ja, vielleicht an der einen oder anderen Stelle sehr konsequent und zugespitzt den Forderungskatalog bis zu seinem logischen Ende gedacht. Und um dieses auf die Spitze zu treiben: Dieses Impulspapier der vorgeblichen Integrationsbeauftragten ist – bei Licht betrachtet – eine Kriegserklärung an die deutsche Gesellschaft. An die deutsche Gesellschaft, die nicht nur aus „Biodeutschen“, also jener Schicksalsgemeinschaft, die sich über Jahrhunderte aus unterschiedlichsten Wanderungsbewegungen gebildet hat und zu der heute gleichberechtigte Menschen auch aus Kulturkreisen jenseits des alten Europa gehören, sondern auch jene Deutschen, deren Eltern im vergangenen Jahrhundert den Weg nach Deutschland gewählt hatten, um den archaischen Kulturen ihrer alten Heimat zu entkommen.

Denn diese deutsche Gesellschaft, für die seit Jahrhunderten Integration eine Selbstverständlichkeit ist, wird durch derartige Forderungskataloge vorsätzlich zerstört. Weil es nicht mehr um Integration in eine erfolgreiche, in ihren Traditionen gewachsene Gesellschaft geht, sondern nur noch darum, genau diese Gesellschaft durch etwas anderes, unkontrolliert Kulturzerstörendes zu ersetzen.

Es geht um das, was der pakistanisch-stämmige, antideutsche Rassist [Hasnain Niels Kazim](#) in einem Tweet zum Besten gab, nachdem er sich bereits zuvor arrogant und herabwürdigend über thüringische Städte lustig gemacht hatte: *„Wir sind hier, wir werden immer mehr und beanspruchen Deutschland für uns. Ob Du willst oder nicht!“* Der französische Autor Michel Houellebecq beschrieb den Gang der europäischen Kultur als „Soumission“ – Unterwerfung.

Genau das ist es, was Personen wie Kazim und Özoguz erwarten: Die Unterwerfung „des Deutschen“ unter dem Diktat der kulturellen Übernahme.

## Futter für „Populisten“

**Wer** solch ein Papier verfasst und absegnet, der bereitet damit den Boden für ein exorbitantes Erstarren von populistischen Parteien wie der AfD.

Denn der Bürger, der sich nicht fremdkulturell bestimmen lassen möchte und in dem klassischen Integrationsprozess in eine Leitkultur den einzig richtigen Weg erblickt, hat am Ende keine andere Wahl, als sich dem radikalen Widerspruch zuzuwenden.

Wer ein solches Papier zur Verfassungswirklichkeit macht, der darf sich dann auch nicht wundern, wenn Nachfolgegruppen in der NSU-Tradition entstehen.

Ausgrenzung bewirkt Radikalität und kann zum gewaltsamen Widerstand werden, der im schlechtesten Falle bürgerkriegsähnliche Zustände annimmt.



## Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016

Gibt es noch einen Rest an Vernunft?

**So** bleibt nur die allerdings geringe Hoffnung, dass sich in den Alt-Parteien noch genug Köpfe finden, die diesem Impulspapier der Desintegration das Einzige zukommen lassen, was es sich verdient hat: Die Endverwertung in der Rundablage. Vor allem aber sollte dringend auch darüber nachgedacht werden, wie eine solche Schlüsselaufgabe wie die Integration von Zuwanderern in eine bestehende Mehrheitskultur (und nicht der Kulturübernahme) personell zu besetzen ist. Denn vermutlich war es die Urkatastrophe der deutschen Integrationspolitik, mit der 2011 zur Integrationsbeauftragten erhobenen Özoguz den Bock zum Gärtner gemacht zu haben.

In jedem noch so kleinen, demokratisch gewählten Parlament dieser Republik ist es selbstverständlich, dass der frei gewählte Abgeordnete sich dann aus der Beratung zurückzieht, wenn der Beratungsgegenstand ihn in irgendeiner Weise persönlich betreffen könnte. Er erklärt sich für „befangen“ und überlässt die Entscheidung anderen. Mit der 1967 in Hamburg geborene Türkin Özoguz, die erst seit 1989 einen deutschen Pass hat, wurde – das hat sie nunmehr wiederholt unter Beweis gestellt – keine Fürsprecherin der Integration eingesetzt, sondern eine Kulturübernehmerin, die in der Mehrheitsgesellschaft ihren Feind erblickt. Özoguz will ein Deutschland, das kein Deutschland mehr sein wird.

**Dazu** passt auch, dass ihr Bruder Yavuz gemeinsam mit einem weiteren Bruder ein weltanschaulich-[islamisches Internetportal](#) betreibt. Sie bekannten sich im Februar des Jahres in einem Interview mit der *TAZ* offen dazu, die westliche Gesellschaft abschaffen zu wollen. Zutreffend erkennen sie auch, dass der Islam keine Religion, sondern eine politische Ideologie zur Weltmachtübernahme ist.

Das Özoguz-Papier der desintegrativen Selbstermächtigung, dass die Islam-Verbände angesichts der in Aussicht gestellten Gelder bejubelten, setzten einzig die Kurdischen Gemeinden ihren Widerspruch entgegen. [Ali Ertan Toprak](#) begründete dieses mit der zutreffenden Feststellung: „Integration kann nur im Einvernehmen mit der Mehrheitsgesellschaft gelingen. Die Organisationen der Migranten haben nicht nur eine Verantwortung gegenüber ihrer eigenen Community – sie stehen auch in der Verantwortung gegenüber Deutschland.“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen – außer vielleicht der Feststellung, dass es das, was Toprak als „Deutschland“ betrachtet und um dessentwillen nicht nur zahlreiche Kurden die Willkürgesellschaften ihrer Heimat verlassen haben, in der Welt der türkisch-stämmigen Aydan Özoguz schon längst nicht mehr gibt.

## **Aktuelles zur Völkerwanderung am 25. November 2016**

*Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.*

*Ich hoffe, mein aktueller Standpunkt zu diesem Thema im Zusammenhang mit der gescheiterten Asylpolitik und anderen Themen wird das Wissen und das Verständnis unserer Zukunftsprobleme deutlicher machen. \**

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

*\* Die gemachten Ausführungen zu diesem aktuellen Thema stellen nur meine Meinung dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*